

## Die Humanistische Union im zehnten Jahr

Ein Überblick über die Pressereaktionen im Jahr 1971

Vor zehn Jahren, 1961, wurde die Humanistische Union gegründet. Entsprechend den damaligen politischen Verhältnissen wurde der politische Klerikalismus zu ihrem Hauptgegner. Die Folgen dieses Klerikalismus (Konfessionsschulen, Verweltanschaulichung des Rechts, Bedrohung der Glaubensfreiheit usw.) ließen die Humanistische Union ungewöhnlich schnell wachsen. Von vielen wurde sie damals als die einzige radikal-demokratische Opposition gesehen. Einige mehr oder weniger spektakuläre Erfolge befestigten dieses Image.

Inzwischen hat sich die politische Szene in der Bundesrepublik gewandelt. Der offene politische Klerikalismus bricht nur noch bei für ihn neuralgischen Anlässen, wie etwa der Diskussion um den § 218 StGB hervor. Die sozialliberale Koalition hat zumindest zum Teil Verhältnisse geschaffen, um die vor zehn Jahren noch hart gekämpft werden mußte. So erklärt sich die aufkommende Meinung, eine Organisation wie die Humanistische Union sei mehr oder weniger überflüssig geworden. Diese Fehlbeurteilung erschwert unsere ohnehin nicht leichter gewordene Arbeit. Die Konfessionsschule zum Beispiel war ein kapitaales Ärgernis, das Engagement im Sinne der Humanistischen Union zu wecken vermochte. Die sogenann-

te christliche Gemeinschaftsschule ist in vieler Hinsicht nicht weniger fragwürdig, aber wo sind größere Gruppen unserer Bevölkerung, die sich darüber aufregen?

### Der Verbandstag 1972

findet am 5. und 6. Februar in Würzburg statt. An der Teilnahme interessierte Mitglieder bitten wir um Anmeldung in der Geschäftsstelle.

Die euphorischen Gründerjahre der Humanistischen Union sind jedenfalls vorbei; heute ist ihr Alltag durch mühsame Kleinarbeit gekennzeichnet. Trotzdem ist die Wirkung unserer Öffentlichkeitsarbeit angesichts unserer geringen personellen und finanziellen Mittel beachtenswert.

So berichtete die Presse nach uns vorliegenden Unterlagen **im Jahre 1971 rund 1400mal** über die Humanistische Union oder ihre Aktionen. Die größte Resonanz fand die Humanistische Union in diesem Jahr mit ihren Vorschlägen zur Reform des § 218 StGB. Fast 400mal berichtete die Presse

über die Aktionen der HU zu diesem Problem. Einige Zeitungen, wie zum Beispiel die Frankfurter Rundschau, die Neue Ruhr-Zeitung oder die Hannoversche Neue Presse, dokumentierten den Reformvorschlag der HU ausführlich. Diese Resonanz zeigt, welchen entscheidenden Anteil die HU daran hat, daß dieses Problem in dem bekannten Umfang das Interesse der Öffentlichkeit gefunden hat.

Der Fritz-Bauer-Preis der HU wurde dieses Jahr zum dritten Mal verliehen. Dabei zeigte es sich erneut, daß diese Einrichtung der HU breites Interesse in der Öffentlichkeit findet (rund 200 Presseberichte). Das ist um so erfreulicher, als die Berichterstattung sich in der Regel nicht auf die bloße Preisverleihung beschränkt, sondern mehr oder weniger ausführlich unsere Forderungen nach Demokratisierung und Humanisierung der Rechtsordnung darstellt. So schrieb zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die diesjährige Preisträgerin Birgitta Wolf „hat in jahrelanger privater und ehrenamtlicher Hilfe für Strafgefangene und ihre Familien gewirkt... Ihr starkes moralisches Verantwortungsbewußtsein ließ Birgitta Wolf ... keine Ruhe. Sie (hat) es nicht er-

Fortsetzung Seite 2

### Neuer Jahresbeitrag

Wie wir bereits seinerzeit berichteten, beschloß die Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union im Mai 1971 eine Erhöhung des Regeljahresbeitrags auf DM 60,-. Das ist eine Erhöhung, die weit größer ist als der durchschnittliche Preisanstieg der letzten Jahre, und manches Mitglied wird sich fragen, ob ein solcher Beschluß denn vertretbar sei. Wenn man sich aber die Ausgaben der Humanistischen Union näher ansieht, wird man schnell einsehen, daß eine solche Erhöhung nicht nur berechtigt, sondern lebensnotwendig gewesen ist. So entfallen knapp 50 Prozent unseres Etats auf Personalkosten. Diese aber steigen tarifgebunden höher als der allgemeine Preisanstieg. Weiterhin „produziert“ die Humanistische Union als ein Verband zum Zwecke politischer Meinungsbildung Kommunikation. Hierbei aber sind wir fast ausschließlich auf die Bundespost angewiesen. Die bei uns beson-

ders zu Buche schlagenden Gebühren (Drucksachenporto, Streifenbandzeitungsporto, Telefon) sind von dieser aber zum Teil sogar um 100 Prozent erhöht worden. Ebenfalls verdoppelt haben sich für uns die Bürokosten, da die Arbeit in der alten Geschäftsstelle schlechterdings unmöglich geworden war.

Daß der Vorstand nicht leichtsinnig mit den von den Mitgliedern mühsam aufgebrachtten Beiträgen und Spenden umgeht, hat die letzte Etat-Beratung gezeigt. Trotz der Beitragserhöhung war er zum Beispiel gezwungen, eine an sich dringend benötigte Halbtagskraft aus dem Haushaltsplan zu streichen. Obwohl alle Preise, wie bekannt, steigen, liegt der Haushaltsansatz für 1972 um DM 5000,- niedriger als für das vergangene Jahr. Diese Zahlen belegen schon allein, wie existenznotwendig diese Beitragserhöhung war.

Wir wissen natürlich, daß es einer ganzen Reihe von Mitgliedern sehr schwer fällt, einen solchen erhöhten Beitrag aufzubringen. Daher sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unsere Satzung die Möglichkeit von Beitragsermäßigungen kennt. Kein Mitglied sollte wegen der Beitragserhöhung austreten. Wer eine Beitragsermäßigung in Anspruch nehmen will, braucht der Geschäftsstelle nur ein kurzes, formloses Schreiben zu schicken.

Manche Mitglieder, die bisher einen ermäßigten Beitrag zahlten (vor allem betrifft dies Studenten), finden auf der beiliegenden Beitragsrechnung möglicherweise den Normalbeitrag eingesetzt. Sollten bei diesen Mitgliedern die Ermäßigungsgründe fortbestehen, bitten wir um eine kurze Benachrichtigung. Dies sollte unbedingt geschehen, damit spätere Mißverständnisse vermieden werden.

tragen können, daß Menschen, die am Boden liegen, noch getreten werden. Sie (hat) das gute Gewissen der Draußenstehenden als Gewissenlosigkeit angeklagt und mutig ihre 'Zugehörigkeit' zur 'vierten Kaste' ... demonstriert. Die Auszeichnung der Humanistischen Union ... (ist) in diesem Sinne eine Versicherung der Freundschaft und Verbindung im Kampf um eine Verbesserung der Situation und Rechte der Strafgefangenen."

Eine enttäuschend geringe Resonanz in der Presse fanden unsere Bemühungen um eine Reform des Ausländerrechts, obwohl die HU bereits 1970 einen eingehend begründeten Vorschlag vorlegte und mehrfach auf die Fragwürdigkeit unseres Ausländerrechts hinwies, berichteten nur sechs Zeitungen über diese unsere Bemühungen. Dieser konkrete Fall belegt, was oben über mühsame Kleinarbeit gesagt wurde. Obwohl das Problem des Ausländerrechts zentrale Grundsätze der Verfassung und Rechtsstaatlichkeit tangiert, ist die Materie zu komplex, als daß sie in den Redaktionen unmittelbar Interesse findet. Diese Schranke wäre nur durch intensive und stetige Nacharbeit, insbesondere durch direkte Gespräche mit den zuständigen Journalisten zu überwinden. Damit sind aber die Möglichkeiten der HU überfordert.

Daß sie aber im öffentlichen Bewußtsein doch als spezifischer politischer Faktor anerkannt wird, zeigt die Tatsache, daß sie in der Presse oft und in verschiedenen Zusammenhängen und ohne unmittelbaren Bezug auf eine ihrer Pressemitteilungen (im vergangenen Jahr waren es 36) erwähnt wird. Dem entspricht auch die Beachtung, die die HU aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens 1971 erfahren hat. Wenn man berücksichtigt, daß der Nachrichtenwert eines solchen Jubiläums nicht besonders hoch zu veranschlagen ist, stellen die 13 Presseberichte und ein halbstündiger Fernsehfilm aus diesem Anlaß eine erfreuliche Bilanz dar. Die Frankfurter Rundschau schrieb dazu: „Kirchenführern wie Otto Dibelius und klerikalen Politikern wie Alois Hundhammer war sie von Beginn an ein rotes Tuch. Die katholische Kirchenpresse versuchte sie immer wieder als ‚atheistischen Kampfbund‘ abzustempeln. Ihre Widersacher haben es bis heute nicht aufgegeben, den Kampf gegen Konfessionalismus im Bildungswesen oder im Strafrecht als Kampf gegen die Religion zu diffamieren. Aber heute, zehn Jahre nach ihrer Gründung, kann die Humanistische Union – den Widersachern zum Trotz – manchen Erfolg vorweisen.“

Einen nicht unerheblichen Anteil an diesen Erfolgen haben in letzter Zeit zunehmend unsere aktiven Ortsverbände. Ihre Arbeit wurde 1971 in der Presse rund 500mal gewürdigt.

## Seit einem Jahr verweigert HU straflos Kirchensteuereinzug

Genau vor einem Jahr teilte die Humanistische Union dem zuständigen Finanzamt und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen mit, daß sie für von ihr beschäftigte Aushilfskräfte keine Kirchensteuer mehr abführt. Zur Begründung gab sie an, daß sie die Art und Weise des Kirchensteuereinzugs in diesen Fällen für verfassungswidrig hält und verwies auf entsprechende Verfassungsgerichtsurteile.

Aushilfskräfte werden nämlich ohne Vorlage einer Lohnsteuerkarte, aus der ihre Konfessionszugehörigkeit zu ersehen wäre, pauschal besteuert und diese Kirchensteuer in Bayern zu  $\frac{2}{3}$  der katholischen und  $\frac{1}{3}$  der evangelischen Kirche gutgeschrieben. Im Extremfall finanziert also eine konfessionslose Aushilfskraft auf diese Weise gleich zwei Glaubensgemeinschaften, denen sie gar nicht angehört.

Im Januar 1971 erhielt die Humanistische Union daraufhin ein wenig überzeugendes

Schreiben des Finanzamtes, das sie am 9. Februar 1971 unter anderem mit dem Angebot einer gerichtlichen Klärung der Frage beantwortete. Seit diesem Zeitpunkt äußerten sich die Bayerischen Finanzbehörden nicht mehr, obwohl die Humanistische Union keine Kirchensteuer für Aushilfskräfte mehr abführte. Auch eine Änderung der Steuergesetze erfolgte nicht.

Erklärt sich dieses Verhalten der Finanzbehörden außerhalb der Legalität durch den Umstand, daß es sich im Fall der Humanistischen Union nur um sehr kleine Kirchensteuerbeträge handelt? In saisonabhängigen Industrien dürften durch Aushilfskräfte aufgebraachte Kirchensteuerbeträge hingegen nicht unerheblich sein. Sollte also rechtsverbindlich festgestellt werden, daß entsprechend der Auffassung der Humanistischen Union die Steuergesetze in diesem Punkt verfassungswidrig sind, würden die Kirchensteuereinnahmen entfallen.

## Meinungsfreiheit wichtiger als Straßenreinigung

Der Landesverband Berlin der Humanistischen Union hat jetzt vor der 1. Kammer des Verwaltungsgerichts in einem Musterprozeß einen entscheidenden Sieg errungen. Die Humanistische Union klagte gegen die nicht nur in Berlin bestehende Bestimmung, die vorschreibt, daß für die Verteilung von Flugblättern auf öffentlichen Straßen von der Polizei eine Genehmigung einzuholen sei. Diese Bestimmung ist meist durch das Stadtreinigungsgesetz oder ähnliche Verordnungen und Gesetze gedeckt. In Berlin stellt die Polizei eine solche Erlaubnisbescheinigung gegen eine Gebühr zwischen DM 5,- und DM 30,- aus, wenn ihr die Beseitigung der zu erwartenden Verschmutzung gewährleistet scheint. Der Verteiler muß sich verpflichten, dies zu garantieren oder entsprechend die Stadtreinigung zu beauftragen. Ursprünglich waren diese Bestimmungen für die Verteilung von Werbematerial gedacht. Gerade in Berlin aber wurden sie offensichtlich zu Zensurzwecken mißbraucht. So kam die Humanistische Union in Konflikt mit den Behörden, als sie Flugblätter gegen das sogenannte Handgranatengesetz, das die schwere Bewaffnung der Berliner Polizei legalisieren sollte, verteilte.

Im Urteil des Verwaltungsgerichts heißt es: Der Zwang zur Beseitigung einer evtl. Verschmutzung sei „eine unzulässige Beschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und auf freie Meinungsverbreitung sowie der Pressefreiheit“. Das Rechtsgut der Straßensauberkeit müsse hinter einem so kapitalen Grundrecht wie dem der Mei-

nungsfreiheit unbedingt zurücktreten. Besonders interessant ist, wie hoch das Berliner Verwaltungsgericht die Funktion von Flugblättern im politischen Meinungsbildungsprozeß beurteilt. In seiner Urteilsbegründung meint es, daß der „Meinungsäußerung und Verbreitung in Form von Flugblättern auf öffentlichen Straßen eine besonders wichtige und historische Bedeutung (zukommt), weil sie eine auf breiteste Streuung abgestimmtes Mittel ist, das ohne großen Aufwand hergestellt und schnell verbreitet werden kann mit dem Ziel, aktuelle Tagesprobleme anzusprechen, was auch im öffentlichen Interesse liegt.“

Da uns bekannt ist, daß ähnliche Bestimmungen in vielen bundesdeutschen Gemeinden besteht, empfehlen wir allen Ortsverbänden, ihre kommunalen Satzungen daraufhin durchzusehen und in Anlehnung an das Berliner Urteil dagegen vorzugehen.

### Ehrung für Professor Fabian

Die Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin, verlieh am 10. Dezember 71, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, ihre Carl-von-Ossietsky-Medaille für 1971 an Prof. Dr. Walter Fabian, den Bundesvorsitzenden der Humanistischen Union.

Am Abend leitete Prof. Fabian eine Podiumsdiskussion über die Menschenrechte der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik; dabei wurde der Alternativentwurf 1970 der Humanistischen Union zum Ausländergesetz von 1965 erneut vor einer größeren Öffentlichkeit vertreten.

# Eine beispielhafte Ortsverbandsinitiative

Der Ortsverband Hannover hat sich seit seiner Reaktivierung Anfang dieses Jahres intensiv des Problems des § 218 angenommen. Seine Aktionen in den Monaten November und Dezember dokumentieren hervorragend, was ein Ortsverband mit einiger Initiative und Phantasie politisch leisten kann. Im folgenden geben wir eine kleine chronologische Dokumentation seiner Bemühungen in diesen beiden Monaten. Es handelt sich dabei nicht um eine abgeschlossene Aktion, sondern um eine fortlaufende Aktivität, die in diesem Jahr sicherlich fortgesetzt wird. Verständlicherweise können wir an dieser Stelle nicht alle Texte der Flugblätter, Schreiben usw. zitieren. Ortsverbände und aktive Mitglieder, die an diesen Unterlagen interessiert sind, wenden sich bitte direkt an den Ortsverband Hannover.

Ende Oktober wendet sich der Ortsverband in einem Schreiben an alle Hannoveraner Bundestagsabgeordneten und bittet sie um eine Stellungnahme zu der Frage der Reform des § 218 StGB. Die Abgeordneten werden nach folgenden vier Alternativen befragt:

1. Fristenlösung im Sinne der Humanistischen Union,
2. ersatzlose Streichung des § 218,
3. Indikationslösung im Sinne des Vorschlags von Justizminister Jahn,
4. keine Änderung des jetzigen Zustands.

Die beiden Bundestagsabgeordneten der SPD, Werner Marquardt und Helmut Rohde, legen sich in ihrer Antwort nicht präzise auf einen Reformvorschlag fest, sondern versichern lediglich, daß sie in dem „laufenden innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß und der parlamentarischen Behandlung für eine baldige und wirklich fortschrittliche Neuregelung eintreten“ werden. Der CDU-Abgeordnete Dr. Gruhl spricht sich für eine Indikationslösung unter weitgehendem Wegfall der sozialen Indikation aus. Der Bundestagsabgeordnete der CDU, Werner, plädiert für die Indikationslösung, allerdings unter Einbeziehung einer sehr bedingten sozialen Indikation zu Beginn der Schwangerschaft. Lediglich der Bundestagsabgeordnete der FDP, Kleinert, bekennt sich vorbehaltlos zur Fristenlösung.

Am 6. November richtet die Humanistische Union an zwei belebten Stellen im Stadttinnern Informationsstände ein. An diesen Informationsständen wird ein zweiseitiges Flugblatt und eine vierseitige Informationsschrift verteilt, die eingehend über die Vorschläge der Humanistischen Union und das gesamte Problem informieren. Gleichzeitig werden Unterschriften für die Unterstützung der HU-Vorschläge gesammelt. Darüber hinaus wird die Bevölkerung über die Einstellung ihrer Bundestagsabgeordneten zum Problem informiert. Die Presse ist über diese Aktion vorher ausführlich unterrichtet worden.

Bei dieser Aktion hat sich gezeigt, wie vorteilhaft es ist, wenn man der Bevölkerung bekannte Persönlichkeiten zur Mitarbeit an solchen Aktionen gewinnt. Die Presse ist in diesen Fällen viel eher bereit, ausführlich über das Geschehen zu berichten. So gelang es dem Ortsverband, an einem der Informationsstände die SPD-Bundestagsabgeordnete Lenelotte von Bothmer zur Mitarbeit zu gewinnen. An dem anderen Informationsstand diskutierte unser Mitglied Professor Hans Günther von Klöden mit den Passanten und setzte sich entschieden für den Vorschlag der Humanistischen Union ein.

Der Ortsverband faßt seine Beobachtungen während der Aktion unter anderem wie folgt zusammen: „Gegenüber einer ähnlichen Aktion im Juli dieses Jahres war festzustellen, daß das Problem inzwischen mehr ins Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen ist. Die weitaus meisten Passanten waren informiert, worum es ging, sobald die Worte ‚Paragraph 218‘ fielen. Viel Zustimmung, auch bei älteren Frauen und Frauen aus einfachen Verhältnissen. Nur wenige negative Reaktionen. Viele Leute hatten offensichtlich das Bedürfnis, ihre Unterschrift abzugeben. Mehrere Personen sagten uns, sie wären extra in die Innenstadt hereingefahren, um unterschreiben zu können. Eine Frau kam zunächst zum Lister Platz. Da dort der Informationsstand inzwischen aufgehoben war, fuhr sie weiter zur Großen Päckhofstraße... Eine ältere Frau ließ sich einen Stapel Flugblätter geben und begann selbst mit dem Verteilen. Mehrere Leute ließen sich unaufgefordert Unterschriftenlisten mitgeben, um selbst noch weitere Unterschriften zu sammeln. Spenden wurden nicht ausdrücklich gesammelt. Auf dem Tisch mit den Unterschriften-

listen standen lediglich zwei entsprechend beschriftete Sammelbüchsen. Trotzdem rund DM 103,- Spenden... Überraschend viel Interesse fand der Briefwechsel der HU mit den hannoverschen Bundestagsabgeordneten zum § 218, der an den Informationsständen ausgehängt worden war.“

Im Laufe der nächsten Wochen wird die Aktion fortgesetzt. Die Presse wird laufend über die Ergebnisse der Unterschriftensammlung (bis zu diesem Zeitpunkt ca. 2400) und über die weiteren Maßnahmen des Ortsverbandes informiert. In einem Schreiben an sämtliche Redakteure und Mitarbeiter der Zeitungen in Hannover wird auf die große Resonanz in der Bevölkerung hingewiesen und die Journalisten gebeten, sich ebenfalls mittels ihrer Unterschrift mit der Aktion zu solidarisieren.

In diesen Tagen werden laufend Flugblätter verteilt, so u. a. vor allen hannoverschen Theatern.

Am 5. 12. veranstalteten die Ärzte der Niedersächsischen Landesfrauenklinik eine öffentliche Veranstaltung, zu der sie mittels Anzeigen eingeladen hatten. Auf dieser Veranstaltung setzten sie sich weitestgehend für den Indikationsvorschlag des Justizministeriums ein.

Der Ortsverband reagierte auf diese Aktion prompt mit einer Pressemitteilung und einem offenen Brief an die Ärzte der Landesfrauenklinik, in dem er eingehend und sachlich die Argumente der Ärzte widerlegt. Unter anderem werden diese gefragt: „Woraus leiten Sie die Legitimation ab, allein über beachtenswerte und nicht beachtenswerte Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden?“ Die Ärzte und die Öffentlichkeit werden darauf aufmerksam gemacht, daß durch eine Fristenregelung keineswegs das werdende Leben schutzlos wird, sondern daß es durch den gegenwärtigen Zustand längst schutzlos ist. Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Indikationslösung an dem gegenwärtigen Zustand so gut wie nichts ändern wird und weiterhin Tausende von Frauen sich einem Kurfischer anvertrauen werden. Besonders wird auf das demagogische Argument eingegangen, daß durch eine Fristenlösung die Ärzte gezwungen werden, gegen ihr Gewissen eine Schwangerschaftsunterbrechung vorzunehmen. In diesem Zusammenhang werden die Mediziner der Landesfrauenklinik gefragt: „Sollen Ärzte, die Ihre Ansichten nicht teilen, weiterhin kriminalisiert werden und unter Umständen ihre Approbation verlieren? Sollen Ärzte durch Strafvorschriften gehindert werden, einer verzweifelten Frau diejenige Hilfe zu gewähren, die andere Ärzte aus ethischen Gründen nicht glauben geben zu können?“

Diese gezielten und die örtlichen Verhältnisse sachgemessen berücksichtigenden Aktionen des Ortsverbandes Hannover haben erwartungsgemäß eine breite Resonanz in der Presseberichterstattung nicht nur der örtlichen Presse gefunden. Der Bundesgeschäftsstelle liegen bisher allein für den Berichtszeitraum über diese Arbeit des Ortsverbandes 28 Presseberichte aus dem gesamten Bundesgebiet vor.

## Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Der Ortsverband **Freiburg** der Humanistischen Union konnte dieses Jahr eine interessante Aktion durchführen. Die Sonderspende eines Mitglieds ermöglichte es ihm, Schulen und anderen einschlägigen Bibliotheken wirklich progressive Sexualerziehungsliteratur zur Verfügung zu stellen. In einem Schreiben an die entsprechenden Büchereien hieß es u. a.: „Das Elternhaus versagt also weitgehend bei der dringend notwendigen und heute geforderten Sexualerziehung. Die Schule, die hier einspringen soll, ist der ihr jetzt von der Kultusministerkonferenz übertragenen Aufgabe vorerst noch nicht gewachsen. Den Jugendlichen... bleibt es somit immer noch weitgehend selber überlassen, sich in diesem bedeutungsvollen Lebensbereich zurechtzufinden. Jugendliche, Eltern, Lehrer brauchen heute somit eine klare, vorurteilsfreie Information.“ Aus diesem Grunde, so heißt es in dem Schreiben weiter, stiftet der Ortsverband die entsprechenden Bücher. Zur Verteilung kamen Helmut Kendlers „Sexualerziehung“, Jan van Ussels „Sexualunterdrückung“, Ernest Bornemans „Lexikon der Liebe und der Sexualität“ und Martin Goldsteins und Will McBrides „Bild- und Textband“.

Der Ortsverband **Essen** veranstaltete am 8. 12. im Forum der Volkshochschule eine Forumsdiskussion zu dem Thema „Frauenstrafvollzug und Kind“. Aus dem gleichen Anlaß wurde auch die Presse zu einem Gespräch geladen. Es sprachen außer Frau Dr. Helga Einsele, der Leiterin der Strafvollzugsanstalt Frankfurt, Rainer Schepper, Leiter des Arbeitskreises Justiz und Menschenrechte beim Landesverband, unser Mitglied Rudolf Kühne und der Leiter der Justizvollzugsanstalt Essen, Solbach. Die örtliche Presse berichtete ausführlich und zustimmend über diese Veranstaltung, aus der auch der Arbeitskreis für Strafvollzug hervorging.

Der Ortsverband **Essen** hat außerdem nach dem Vorbild des Frankfurter Ortsverbandes eine Kirchengaustrittsberatungsstelle eingerichtet. Der Ortsverband wies in einer Pressemitteilung ausdrücklich darauf hin, daß diese Austrittsberatungsstelle keinesfalls die Aufgabe habe, Propaganda für Kirchengaustritte zu machen, sondern lediglich den Bürger juristisch zu beraten, der von seinem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch machen will.

Am Donnerstag, dem 24. Februar, um 20.15 Uhr, wird der Ortsverband in Verbindung mit der Volkshochschule einen Vortrag zum Thema „Der psychisch Kranke und die Gesellschaft“ veranstalten. Nach langer Unterbrechung hat sich am 25. November der Ortsverband **Münster** rekonstituiert. Zum neuen Vorsitzenden wurde Herr Rainer Schepper, 44 Münster, Gottfriedstraße 7, Telefon 0251/55923 gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder wurden Frau Dr. Jutta Held, Werner Hohenwald und Ralf-Kurth. Auf seiner Mitgliederversammlung erörterte der Ortsverband Münster Fragen der Strafvollzugsreform und der Änderung des geltenden Boden- und Mietrechts. Der Ortsverband beschloß, in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Vortragsreihen über aktuelle sozial- und kulturpolitische Probleme anzubieten. Anfang Februar 1972 soll eine Podiumsdiskussion um den § 218 StGB stattfinden.

Der Ortsverband **Mannheim** hat für eine Demonstration am 20. November gegen die Indikationslösung zum § 218 des Bundesjustizministers ein neues Flugblatt herausgegeben. Dieses Flugblatt wurde mit einer Auflage von 5000 unter der Bevölkerung verteilt. Auch der Ortsverband **Wiesbaden** hat am gleichen Tage eine solche Demonstration in Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Gruppen durchgeführt.

Beim Ortsverband **Frankfurt** wurde eine „Projektgruppe psychiatrisches Krankenhaus“ gegründet. In den Gründungsleitsätzen heißt es: „Durch den Psychologen Jung wissen wir, daß wir alles Unangenehme in uns auf den andern übertragen und ihn als unsern Feind ansehen. Dasselbe vollzieht sich in einer Gemeinschaft. So überträgt heute die Gesellschaft ihre eigene Not auf die Opfer in den Psychiatrischen Krankenhäusern und wehrt sich unbewußt dagegen, diese Tabus zu durchbrechen. **Da die Opfer selbst nicht reden können, tut es die Projektgruppe stellvertretend für sie.**“

1. Sie bejaht und unterstützt deshalb den Aufruf des Aktionskomitees **„Solidarität mit seelisch Kranken“**.
2. Sie versucht immer wieder, **die Not der seelisch Kranken an die Öffentlichkeit zu bringen**.
3. Sie fordert alle Institutionen, die verantwortlich sind, auf, **über die Not zu diskutieren, Gelder zur Verfügung zu stellen und sich für praktische Hilfe zu entscheiden**.
4. **Wenn die Institutionen nicht oder negativ antworten, rufen wir zu Aktionen auf.**

- a) Wir besetzen die Institution oder den Versammlungsraum unter Mitwirkung von Rundfunk und Fernsehen.

- b) Wir erwarten dadurch eine **Bewußtseinsveränderung der Gesellschaft** und neue Hoffnung für die Opfer in den Psychiatrischen Krankenhäusern.
- c) **Besonders freuen wir uns, wenn tatsächlich ein Weg zur Besserung beschlossenen wird.**

Der Ortsverband **Kassel** beschloß auf seiner letzten Mitgliederversammlung weitere Veranstaltungen und Aktionen im Zusammenhang mit einer HU-Umfrage zur Situation des „Kindes im Krankenhaus“ und zum Thema „Kindergarten – Vorschule“ durchzuführen. Es wurde beschlossen, in öffentlichen Vorträgen und Diskussionen konkrete Fälle aufzugreifen, die eine Beeinträchtigung der Grundrechte in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens erkennen lassen.

Der Vorstand des OV **München** will sich ab 1972 jeden **2. Donnerstag im Monat** mit interessierten Mitgliedern treffen. Die erste Zusammenkunft dieser Art findet am Donnerstag, den 13. Januar, 20 Uhr im Kaulbachhof, Kaulbachstraße statt.

Der Ortsverband **Bonn** lädt für Montag, den 17. Januar, 20 Uhr zu einer rekonstituierenden Mitgliederversammlung ins Hotel Tulpenfeld, Theodor-Heuß-Allee ein. Der Bundesvorsitzende Prof. Dr. W. Fabian wird über „Die politischen Aufgaben und Möglichkeiten der HU 1972“ sprechen. Der Landessprecher der HU Helge Klawitter spricht über Möglichkeiten örtlicher HU-Arbeit.

### Ein kleiner Unterschied im Leben

Auf dem Marktplatz hatten einige einen Stand aufgebaut, sie hatten Flugblätter verteilt, und dann hatten sie mit Passanten über die Abschaffung des § 218 gesprochen.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, sagte ein älterer Herr, und viele stimmten zu. Auf dem Heimweg ging er bei der Zeitung vorbei und gab eine Anzeige auf: Wohnung zu vermieten, nur an Ehepaar ohne Kinder.

„Das werdende Leben muß geschützt werden, meinte die Mutter am Abend und brachte das Kind ins Bett. Am nächsten Morgen aber, als sie sah, daß das Kind schon wieder das Bett naß gemacht hatte, prügelte sie es durch.“

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, sprach der Pfarrer zu seiner Gemeinde, und am anderen Tag hielt er vor Soldaten einen Vortrag über den gerechten Krieg.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, sagte ein Stadtrat, und dann stimmte er in der Ratsversammlung gegen den Bau eines Kinderspielplatzes in der Innenstadt.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, darin war sich die Gemeinde einig. Dann beschloß sie, einen Kirchturm zu bauen und Glocken hinaufzuhängen; einige hatten vorgeschlagen, für das Geld lieber einen Kindergarten einzurichten.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, schrieb ein Chemiker in einem Leserbrief. Er hatte in seinem Laboratorium gerade ein neues Entlaubungsmittel entwickelt, welches auch in Vietnam benutzt werden sollte; in der Fachzeitschrift, die auf seinem Tisch lag, wurde berichtet, daß solche Mittel Mißbildungen bei Kindern hervorrufen könnten.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, predigte der altehrwürdige Bischof. Vor dreißig Jahren hatte er geschwiegen, als in seiner Umgebung zahlreiche Mitbürger, Kinder und Greise, ermordet wurden.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, meinte ein Gerichtsvollzieher. Tags darauf brachte er mit Hilfe der Polizei eine kinderreiche Familie in ein Obdachlosenlager.

„Das werdende Leben muß geschützt werden“, sagte eine Dame beim Kaffeebrühen, die anderen nickten beifällig. Als aber die Dame von ihrer Tochter erfuhr, daß sie ein Kind erwarte, jagte sie ihre Tochter aus dem Haus.

„Das werdende Leben muß geschützt werden.“ So sagen sie, die Verantwortungsbewußten, und sie freuen sich auf ihn – den werdenden Winzling. Und der kann es kaum noch erwarten, in diese Welt geboren zu werden, wo das Leben so hoch geschätzt wird – das werdende Leben. F. P. B.

(Aus „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“)

## Erste Dokumentation des geltenden Umweltrechts

Das neueste Heft der im Auftrag der HU herausgegebenen VORGÄNGE veröffentlicht eine Dokumentation der heute in der Bundesrepublik geltenden Gesetze zum Umweltschutz und andere wichtige Materialien zum Problem. Da das geltende Umweltrecht über zahlreiche Bundes- und Ländergesetze verstreut ist, war es bisher auch Fachleuten schwer, einen vollständigen Überblick zu erhalten. Die HU erhofft sich von der Veröffentlichung der Dokumentation eine Intensivierung der Umweltschutzbemühungen. Interessenten können die Dokumentation zum Preis von DM 4,- über die Geschäftsstelle beziehen.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrick verantwortlich,  
Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardstraße 30,  
Telefon: 266035/36. Redaktionsschluß 3.1.1972  
Beilagen: Beitragsrechnung der HU und eine Zahlkarte.

Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 29.2.1972  
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten  
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.  
Postscheck München 104200.